



Geschäftsführung Ausschuss Schule und Weiterbildung

Frau Willms

Telefon: (0221) 221-21600

Fax: (0221)

E-Mail: jennifer.willms@stadt-koeln.de

Datum: 04.06.2020

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 27.04.2020, 15:08 Uhr bis 16:35 Uhr, Rathaus

Spanischer Bau, Ratssaal

INFEKTIONSSCHUTZ: Aufgrund der Mindestabstände stehen weniger Plätze für Gremienmitglieder und Öffentlichkeit zur Verfügung.

Bitte melden Sie sich unbedingt vorab bei der Schriftführung an!

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU
Herr Franz Philippi	SPD
Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU
Frau Inge Halberstadt-Kausch	SPD
Herr Bürgermeister Dr. Ralf Heinen	SPD
Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes	SPD
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU
Frau Anneliese Hauser	CDU
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Herr Horst Thelen	GRÜNE
Herr Gerhard Brust	GRÜNE
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Frau Stefanie Ruffen	FDP

Beratende Mitglieder

Herr Ulrich Trapp auf Vorschlag der SPD

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Wolfgang Hülsmann rubicon e.V.

Verwaltung

Herr Beigeordneter Robert Voigtsberger

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Beratende Mitglieder

Frau Lisa Hanna Gerlach	parteilos
Herr Nebil Bayrakcioglu	auf Vorschlag des Integrationsrat
Herr Bodo Busch	auf Vorschlag der StadtAG LST
Frau Hedwig Drießen	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Stephanie Stangier	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Hildegard Fuhrmann	auf Vorschlag der SPD
Frau Heidi Irlenbusch	auf Vorschlag der SPD- Fraktion
Frau Dagmar Naegele	auf Vorschlag der SPD
Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut	auf Vorschlag der CDU
Frau Angelika Riedel	auf Vorschlag der CDU
Herr Dr. Klaus Zimmermann	auf Vorschlag der CDU
Herr Thomas Glowacki	auf Vorschlag der Grünen
Frau Bärbel Hölzing	auf Vorschlag der Grünen
Herr Gerson Wirth	auf Vorschlag der Grünen
Herr Oswald Pannes	auf Vorschlag Die Linke
Herr Alexander Kau	auf Vorschlag der AfD
Frau Maria Katharina Westphal	auf Vorschlag der FDP
Frau Stefanie Esser	Katholische Kirche
Herr Dr. Felix Schotland	Synagogen-Gemeinde Köln
Frau Beate Grashof	Evangelische Kirche
Frau Carmen Schmitt	Evangelische Kirche
Herr Lutz Tempel	Stadtschulpflegschaft
Frau Sarah Niknamtavin	BezirksschülerInnenvertretung Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Michael Bold	Katholische Kirche
Herr Mehmet Cambaz	auf Vorschlag des Integrationsrat
Herr Luis May	BezirksschülerInnenvertretung Köln
Frau Silvia Behrendt	Stadtschulpflegschaft
Herr Bernd Tillmann-Gehrken	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Herr Ausschussvorsitzender Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, begrüßt alle Anwesenden und weist auf die besonderen Vorgaben durch die aktuelle Corona-Krise hin.

Die Verwaltung schlägt vor, die Anträge unter TOP 2.3 und 2.4, die Beantwortungen unter TOP 3.1.3, 3.1.4, und 3.1.5, die Beschlussvorlagen unter TOP 4.4 und 4.5 sowie die Mitteilungen unter TOP 5.9 und 5.10 zusätzlich in die Tagesordnung aufzunehmen.

Herr Ausschussvorsitzender Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, schlägt vor, den TOP 5.10 zu Beginn der Sitzung zu beraten und den TOP 2.3 in den Gesundheitsausschuss zu verweisen.

Der Ausschuss beschließt die so geänderte Tagesordnung einstimmig.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

- 1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger oder Einwohner/innen
- 1.2 Gleichstellungsrelevante Themen
- 1.3 Bericht über den Stand der Schulbaumaßnahmen
 - 1.3.1 Regelmäßige Berichterstattung aus dem Aktionsbündnis Schulbau, TOP 1.3 0768/2020

2 Anträge gemäß § 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 2.1 Wohnungsbau sichern in Köln-Porz-Elsdorf – Schulinfrastruktur zeitnah erweitern!
AN/1142/2019
 - 2.1.1 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion; Wohnungsbau sichern in Köln- Porz-Elsdorf - Schulinfrastruktur zeitnah erweitern! (AN/1142/2019)
3964/2019
- 2.2 NSDOK: Gebühren für Führungen von Kölner Schülerinnen und Schüler abschaffen
AN/0355/2020
- 2.3 Ansteckungsrisiken bei Wiederaufnahme des Schulbetriebes senken – Maskenpflicht an den Kölner Schulen einführen
AN/0493/2020
- 2.4 Verleih von digitalen Endgeräten an bedürftige Schülerinnen und Schüler
AN/0498/2020

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Frühere Anfragen

3.1.1 Erweiterungsbau der Henry-Ford-Realschule Karl-Marx-Allee 43 - mündliche Anfrage von Frau Nessler-Komp in der Sitzung vom 20.01.2020
0663/2020

3.1.2 Beschleunigung der Schulbaumaßnahmen- weitere Projektarten
AN/0248/2020

3.1.2.1 Beschleunigung der Schulbaumaßnahmen- weitere Projektarten - Beantwortung der Anfrage AN/0248/2020 der Fraktionen CDU, Die Grünen und FDP
0671/2020

3.1.3 Trinkwasserbrunnen in Kölner Schulen - dat Wasser vun Kölle is jot!
0600/2020

3.1.4 KLASSE-Projekt Klima Aktion: Schulen sparen Energie
AN/0101/2020

3.1.4.1 Anfrage AN/0101/2020 KLASSE-Projekt Klima-Aktion Schulen sparen Energie
0983/2020

3.1.5 Beantwortung der Anfrage AN/1569/2019 der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zur Überlassung von mobilen Endgeräten für einkommensschwache Schülerinnen und Schüler
1173/2020

3.2 Neue Anfragen

4 Vorlagen der Verwaltung

4.1 Änderung der Entgelt- und Benutzungsordnung der Volkshochschule Köln
0407/2020

4.2 Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung Köln 2020
0418/2020

4.3 Ersatz eines maroden Schulklassenpavillons an der Katholischen Grundschule Hinter der Kirche 3-5, 51143 Köln (Porz) - Bedarfsanerkennung und Baubeschluss
0448/2020

4.4 Einrichtung des Erweiterungsbaus mit Dreifachturnhalle und entsprechender Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für die Kaiserin-Theophanu-Schule, Gymnasium, Kantstraße 3, Köln-Kalk

Einrichtungs- und Mittelfreigabebeschluss
1618/2019

4.5 Erweiterung der Gesamtschule Rodenkirchen, Sürther Straße 191, 50999
Köln – Bau- und Vergabebeschluss
1060/2020

5 Mitteilungen

5.1 Jugendbefragung und dann... - Erste Bilanzierung
0178/2020

5.2 Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik, 2. Folgebericht;
Controlling der Umsetzung der Einzelmaßnahmen
0299/2020

5.3 Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion
betr. Entwicklung des sog. Max-Becker-Areals in Ehrenfeld
0841/2020

5.4 Aktualisierung des Fertigstellungstermins der Turnhalle an der Overbeckstra-
ße 71 – 73
0896/2020

5.5 25 Jahre „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“
0925/2020

5.6 27. Bericht zur Situation Geflüchteter
0417/2020

5.7 Lehrschwimmbecken der GGS Hohe Straße in Porz Ensen - Ergebnis der
Prüfung von Interimslösungen
0854/2020

5.8 Mitteilung über die Beantwortung einer Anfrage zum Verbot der muttersprach-
lichen Unterhaltung von Schüler*innen während der Pausen in den Kölner
Schulen
1002/2020

5.9 Anfrage AN/0453/2020 der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln "Soziale So-
forthilfen und Kinder- und Jugendhilfe in der Corona-Krise"
1113/2020

5.10 Schließung und teilweise Wiedereröffnung der Schulen im Rahmen der
Corona-Krise – bisherige Maßnahmen, aktueller Sachstand und Ausblick
1216/2020

6 Anfragen

- 6.1 Anfrage der SPD-Fraktion: E-Learning an Schulen - Chancengleichheit sichern
- 6.2 Anfrage von Herr Tempel, Stadtschulpflegschaft - Hygienekonzept
- 6.3 Anfrage von Frau Ruffen, FDP-Fraktion - Verteilung der Schüler auf die Gymnasium zum Schuljahr 2020/2021
- 6.4 Anfrage von Herrn Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion - Digitalisierung
- 6.5 Anfrage von Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke - Maßnahmen seit Beginn der Coronakrise bei der Volkshochschule und der Musikschule
- 6.6 Anfrage von Herr Tempel, Stadtschulpflegschaft - Schulöffnung in der Coronakrise

7 Verschiedenes

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger oder Einwohner/innen

1.2 Gleichstellungsrelevante Themen

1.3 Bericht über den Stand der Schulbaumaßnahmen

1.3.1 Regelmäßige Berichterstattung aus dem Aktionsbündnis Schulbau, TOP 1.3 0768/2020

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

2 Anträge gemäß § 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Wohnungsbau sichern in Köln-Porz-Elsdorf – Schulinfrastruktur zeitnah erweitern! AN/1142/2019

Herr Gräbener merkt an, dass entgegen der Planung, die Grundschule Kupfergasse mit dem nebenliegenden Grundstück um einen Zug zu erweitern, nach erneuter Prüfung vorgeschlagen würde, die bestehende Grundschule auf vier Züge zu erhöhen und auf dem nebenliegenden Grundstück eine zweite, zweizügige Grundschule zu bauen. Dies ermögliche die neu zu bauende Grundschule zu einem späteren Zeitpunkt bei Bedarf auf drei Züge zu erhöhen. Diese Möglichkeit bestünde ansonsten nicht. Die neue Idee würde keine zeitliche Verzögerung darstellen. Die Planung werde den Gremien zu einem späteren Zeitpunkt vorgestellt.

Beschluss

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung beauftragt die Verwaltung, im Planungsbereich Porz-Elsdorf, Urbach oder Eil Lösungen für eine frühzeitige und bedarfsgerechte Sicherung von Grundschulplätzen zu finden, damit zeitgleich mit der Bezugsfertigkeit der Wohnungsbauvorhaben südlich der Friedensstraße und an der Fuchskaule die benötigte Schulinfrastruktur zur Verfügung steht.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion

2.1.1 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion; Wohnungsbau sichern in Köln-Porz-Elsdorf - Schulinfrastruktur zeitnah erweitern! (AN/1142/2019) 3964/2019

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**2.2 NSDOK: Gebühren für Führungen von Kölner Schülerinnen und Schüler abschaffen
AN/0355/2020**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

Der Rat stellt fest, dass das NS Dokumentationszentrum leistet eine unverzichtbare pädagogische Arbeit in der historischen Aufarbeitung des Nationalsozialismus und dessen Greuelthaten in der ehemaligen Zentrale der Kölner Gestapo am Appellhofplatz. Angesichts der öffentlich geführten Diskussion, Kölner Schulen zum Besuch des EL-DE-Hauses aufzufordern, hat das NS-Dokumentationszentrum anlässlich seines 40 jährigen Bestehens auf die Notwendigkeit einer nachhaltigen pädagogischen Arbeit mit jungen Menschen hingewiesen, die wegen der aktuell wahrnehmbaren Demokratie-feindlichkeit besonders dringlich ist.

Der Rat unterstützt diese Bemühungen nachhaltig und sieht darin einen ganz zentralen Beitrag zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. Er unterstreicht die herausragende bildungspolitische Bedeutung besonders für junge Menschen.

Er hält die Erhebung von Gebühren für die Führungen, die die Schulklassen aufbringen müssen, für kontraproduktiv. Gerade angesichts der Bedeutung demokratischen Bewusstseins sollte es im Interesse von Politik und Verwaltung liegen, allen Kölner Schülerinnen und Schülern den Zugang zu diesen Führungen zu ermöglichen. Für viele Schulklassen bedeutet die Erhebung von Gebühren für diese Führungen eine Barriere, daher sollte auf Gebühren verzichtet werden.

Der Rat bittet die Verwaltung darzustellen, auf welche Weise, z.B. durch Umschichtungen im Haushalt, auf die Erhebung der Gebühren für die Führungen und anderen pädagogischen Angeboten wie Workshops für Kölner Schulklassen im EL-DE-Haus verzichtet und dem NS-Dokumentationszentrum die dafür notwendigen 50.000 Euro zur Verfügung gestellt werden können.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**2.3 Ansteckungsrisiken bei Wiederaufnahme des Schulbetriebes senken – Maskenpflicht an den Kölner Schulen einführen
AN/0493/2020**

Der Antrag wird einstimmig in den Gesundheitsausschuss verwiesen.

**2.4 Verleih von digitalen Endgeräten an bedürftige Schülerinnen und Schüler
AN/0498/2020**

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, macht deutlich, dass die FDP diese Maßnahmen als Übergangslösung für aktuelle Home-Schooling Situation sehe. Man müsse den Kindern akut helfen, jedoch könne dies keine Dauerlösung sein.

Herr Tempel, Stadtschulpflegschaft, sieht dies ebenfalls als schnelle Lösung und könne ihr daher zustimmen. Man müsse jedoch dahinkommen, dass jedes Kind ein Endgerät erhalte, so wie es auch der deutsche Philologen Verband fordere. Dies ginge

nicht von heute auf morgen, aber im Hinblick auf eine Auswertung der Bertelsmann Stiftung aus 2014 haben Norwegen und Australien beispielsweise fünfmal so viel Endgeräte für Schüler wie in Deutschland. Es bestehe immenser Nachholbedarf.

Herrn Kockerbeck, Fraktion Die Linke, geht der Antrag ebenfalls nicht weit genug. Er befürworte, dass Kommunen eine größere Zahl Endgeräte sofort kaufen. Zudem müsse eine schnellere finanzielle Ausstattung durch das Land erfolgen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert die Schulen dahin gehend zu instruieren, dass sie mobile Endgeräte wie Laptops und Tablets, die sich an der Schule befinden an bedürftige Schüler kostenlos für die Zeit des Home-Schoolings verleihen. Die Verwaltung stellt den Schulen hierfür einen Leihvertrag zur Verfügung und prüft den Versicherungsschutz bzw. dessen Erweiterung. Die Schulen bzw. Lehrer entscheiden eigenverantwortlich, welcher Schüler ein solches Gerät benötigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Frühere Anfragen

3.1.1 Erweiterungsbau der Henry-Ford-Realschule Karl-Marx-Allee 43 - mündliche Anfrage von Frau Nessler-Komp in der Sitzung vom 20.01.2020 0663/2020

Die Beantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

3.1.2 Beschleunigung der Schulbaumaßnahmen- weitere Projektarten AN/0248/2020

3.1.2.1 Beschleunigung der Schulbaumaßnahmen- weitere Projektarten - Beantwortung der Anfrage AN/0248/2020 der Fraktionen CDU, Die Grünen und FDP 0671/2020

Die Beantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

3.1.3 Trinkwasserbrunnen in Kölner Schulen - dat Wasser vun Kölle is jot! 0600/2020

Herr Ausschussvorsitzender Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, merkt an, dass bei einer Umsetzung auf medizinische und hygienische Aspekte zu achten sei. Sobald die Trinkwasserbrunnen an zwei oder drei Standorten an den Start gingen, könne man diese Aspekte erneut besprechen.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion merkt an, dass eine Entnahmestelle für Trinkwasser im Gebäude entwickelt werde. Da es jedoch adäquate Produkte bereits auf dem Markt gäbe, bittet sie darum, diese zu nutzen und nichts Neues zu entwickeln.

Die Beantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

**3.1.4 KLASSE-Projekt Klima Aktion: Schulen sparen Energie
AN/0101/2020**

**3.1.4.1 Anfrage AN/0101/2020 KLASSE-Projekt Klima-Aktion Schulen sparen
Energie
0983/2020**

Die Beantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

**3.1.5 Beantwortung der Anfrage AN/1569/2019 der CDU-Fraktion und der Fraktion
Bündnis 90 / Die Grünen zur Überlassung von mobilen Endgeräten
für einkommensschwache Schülerinnen und Schüler
1173/2020**

Die Beantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

3.2 Neue Anfragen

4 Vorlagen der Verwaltung

**4.1 Änderung der Entgelt- und Benutzungsordnung der Volkshochschule
Köln
0407/2020**

Beschluss:

Der Rat beschließt die beigefügte geänderte Entgelt- und Benutzungsordnung für die Volkshochschule Köln ab dem 2. Semester 2020 und führt damit insbesondere eine zusätzliche Ermäßigung für Menschen mit Schwerbehinderung sowie ggf. den kostenlosen Zutritt erforderlicher Begleitpersonen ein.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**4.2 Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung Köln 2020
0418/2020**

Beschluss:

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung verweist die Vorlage in die nachfolgenden Gremien mit erneuter Wiedervorlage.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmung zugestimmt

4.3 Ersatz eines maroden Schulklassenpavillons an der Katholischen Grundschule Hinter der Kirche 3-5, 51143 Köln (Porz) - Bedarfsanerkennung und Baubeschluss 0448/2020

Beschluss:

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung bestätigt den von der Verwaltung festgestellten Bedarf zum Austausch der maroden rund 50 m² großen Schulcontaineranlage am Standort der Katholischen Grundschule Hinter der Kirche 3-5 in 51143 Köln durch einen gleich großen Pavillon zu ersetzen. Er beschließt den Bau einer solchen Anlage mit Ausführung gemäß Energieeinsparverordnung (EnEV) nach dem Entwurf von „SH8 Architekten“ mit Gesamtkosten in Höhe von 588.256,97 Euro brutto. Zudem genehmigt der Ausschuss Schule und Weiterbildung einen Risikozuschlag in Höhe von 10 Prozent bezogen auf die nicht-indizierten Gesamtbaukosten. Dies entspricht einem Betrag von 58.825,70 Euro.

Durch den Baubeschluss wird jedoch lediglich das Maßnahmenbudget ohne Risikozuschlag als Vergabevolumen freigegeben. Die Verwaltung darf über den Risikozuschlag nicht unmittelbar, sondern nur bei Risikoeintritt und nach entsprechender Mitteilung im Ausschuss Schule und Weiterbildung verfügen.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Auf Basis des aktuellen Flächenverrechnungspreises 2020 ergäbe sich eine jährliche Spartenmiete inklusive Nebenkosten und Reinigung in Höhe von rund 6.472 Euro, die voraussichtlich ab Haushaltsjahr 2021 aus bereits veranschlagten Mitteln im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 16, sonstiger ordentlicher Aufwand finanziert wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

4.4 Einrichtung des Erweiterungsbaus mit Dreifachturnhalle und entsprechender Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für die Kaiserin-Theophanu-Schule, Gymnasium, Kantstraße 3, Köln-Kalk

Einrichtungs- und Mittelfreigabebeschluss 1618/2019

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt die Einrichtung des Erweiterungsbaus mit Dreifachturnhalle der Kaiserin-Theophanu-Schule, Gymnasium, Kantstraße 3, 51103 Köln-Kalk mit Gesamtkosten in Höhe von rund 1.403.000 € (investiver Anteil: 487.000 €, konsumtiver Anteil: 916.000 €).

Die Finanzierung der investiven Einrichtungskosten in Höhe von voraussichtlich rund 487.000 € erfolgt im Haushaltsjahr 2020 aus veranschlagten Mitteln des Teilfinanzplans 0301, Schulträgeraufgaben.

Die Finanzierung der konsumtiven Einrichtungskosten in Höhe von voraussichtlich rund 916.000 € erfolgt im Haushaltsjahr 2020 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, aus veranschlagten Mitteln.

2. Der Finanzausschuss beschließt im Haushaltsjahr 2020 eine Mittelfreigabe in Höhe von rund 487.000 € im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben, in Teilplan-

zeile 9, Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, bei Finanzstelle 4013-0301-8-3055 für den Erweiterungsbau des Gymnasiums Kantstr. 3, Köln-Kalk.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

4.5 Erweiterung der Gesamtschule Rodenkirchen, Sürther Straße 191, 50999 Köln – Bau- und Vergabebeschluss 1060/2020

Herr Gräbener informiert über den Inhalt der Vorlage.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln genehmigt den Entwurf sowie das Angebot des privaten Partners Hochtief PPP Schulpartner Köln Rodenkirchen GmbH & Co. KG für den Erweiterungsbau des Schulgebäudes der Gesamtschule Sürther Straße 191, 50999 Köln-Rodenkirchen.

Die Gesamtkosten inklusive Einrichtung für eine Realisierung im Passivhausstandard betragen circa 26.500.000 Euro brutto (Baukosten in Höhe von rund 26.200.000 Euro und Einrichtungskosten in Höhe von rund 300.000 Euro).

Der Rat beauftragt die Verwaltung, mit der Firma Hochtief PPP Schulpartner Köln Rodenkirchen GmbH & Co. KG entsprechende Vereinbarungen zur Durchführung des Erweiterungsbaus und des späteren Betriebes zu schließen, sowie mit der Einrichtung der Schule.

Zudem genehmigt der Rat einen Risikozuschlag von 10 % bezogen auf die nicht-indizierten Gesamtbaukosten gemäß Kostenberechnung. Dies entspricht einem Betrag von 2.650.000 Euro. Durch den Baubeschluss wird jedoch lediglich das Maßnahmenbudget ohne Risikozuschlag als Vergabevolumen freigegeben. Die Verwaltung darf über den Risikozuschlag nicht unmittelbar, sondern nur bei Risikoeintritt und nach entsprechender Mitteilung im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft verfügen.

Die an den Betreiber Hochtief PPP Schulpartner Köln Rodenkirchen GmbH & Co. KG zu zahlenden Entgelte für die Bauleistungen nach vertraglich vereinbartem Zahlungsplan und das ab Vertragsbeginn zu zahlende Entgelt für die Betriebsleistungen werden über den Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft abgewickelt.

Die Refinanzierung erfolgt aus dem städtischen Haushalt nach Fertigstellung der Baumaßnahme über entsprechende Mietzahlungen des dann gültigen Flächenverrechnungspreises. Auf Basis des derzeitigen Flächenverrechnungspreises ergäbe sich für den Erweiterungsbau eine jährliche Spartenmiete inklusive Nebenkosten und Kosten für Reinigung in Höhe von rund 862.057 Euro, die ab dem Haushaltsjahr 2023 aus noch zu veranschlagenden Mitteln im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, in Teilplanzeile 16, sonstige ordentliche Aufwendungen, finanziert wird.

Die konsumtiven Einrichtungskosten in Höhe von voraussichtlich 270.000 Euro sind im Haushaltsjahr 2023 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben zu veranschlagen. Die Finanzierung der investiven Einrichtungskosten in Höhe von voraussichtlich 29.000 Euro erfolgt zum Haushaltsjahr 2023 aus zu veranschlagenden Mitteln der Teilfinanzplans 0301, Schulträgeraufgaben.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimme der Fraktion Die Linke

5 Mitteilungen

5.1 Jugendbefragung und dann... - Erste Bilanzierung 0178/2020

Herr Hülsmann, teilt mit, dass dieses Thema bei der letzten Tagung des Arbeitskreises Lesben, Schwule und Transgender umfangreich diskutiert worden sei. Er fragt nach, warum die Ergebnisse dieser Diskussion in der Bilanzierung nicht auftauchten.

Herr Pfeuffer entschuldigt sich und teilt mit, dass die Beantwortung bereits vor dem Gespräch im Arbeitskreis fertig gestellt worden war. Er sagt zu, das Papier zu ergänzen und dem Ausschuss vorzulegen.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bezieht sich auf den Punkt Radfahren und merkt an, dass die Ausweisung der Fahrradstraße in Köln-Sülz nicht, wie beschrieben, aus einer Schülerratssitzung hervorging, sondern aus einem Vorschlag des Schillergymnasiums am Tag der Jugend 2018. Er schlägt vor, diese über das Ergebnis zu informieren.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

5.2 Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik, 2. Folgebericht; Controlling der Umsetzung der Einzelmaßnahmen 0299/2020

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

5.3 Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion betr. Entwicklung des sog. Max-Becker-Areals in Ehrenfeld 0841/2020

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

5.4 Aktualisierung des Fertigstellungstermins der Turnhalle an der Overbeckstraße 71 – 73 0896/2020

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

5.5 25 Jahre „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ 0925/2020

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

5.6 27. Bericht zur Situation Geflüchteter 0417/2020

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**5.7 Lehrschwimmbecken der GGS Hohe Straße in Porz Ensen - Ergebnis der Prüfung von Interimslösungen
0854/2020**

Frau Ruffen, SPD-Fraktion, teilt mit, dass es durchaus Wasserzeiten im Umfeld geben würde. Dies sei sehr schwammig formuliert, da es eigentlich keine Alternativen gebe. Nach Aussage der Verwaltung gebe es an diesem Standort kein passendes Grundstück. Sie stellt die Frage wie intensiv gesucht worden sei. Dies musste in der Bezirksvertretung erneut geprüft werden.

Frau Halberstadt-Kausch, teile die Ansicht von Frau Ruffen über die schwammige Aussage der Mitteilung. Interessant gewesen sei jedoch der Hinweis, dass in Holland ein Baukastenprinzip für Schwimmbäder entwickelt wurde, wessen kleinste Variante 2,8 Mio. € kosten soll. Dies könne kein Ausschlussgrund sein. Daher bittet sie die Verwaltung, dieses Konzept sowohl im Ausschuss Schule und Weiterbildung als auch im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft und im Sportausschuss vorzustellen. Bezüglich des Grundstückes ist sie ebenfalls der Meinung, mit der Bezirksvertretung Porz zu sprechen, da diese eine gute Vorstellung von möglichen Grundstücken habe. Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**5.8 Mitteilung über die Beantwortung einer Anfrage zum Verbot der muttersprachlichen Unterhaltung von Schüler*innen während der Pausen in den Kölner Schulen
1002/2020**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**5.9 Anfrage AN/0453/2020 der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln "Soziale Soforthilfen und Kinder- und Jugendhilfe in der Corona-Krise"
1113/2020**

Herr Bürgermeister Dr. Heinen, SDP-Fraktion, weist darauf hin, dass es von der Bundesregierung ein sogenanntes Notfall-KiZ gebe als Unterstützung von Familien in schwierigen Verhältnisse. Er bitte darum dies beispielsweise über Lehrer und Erzieher, die sich gerade im Homeoffice befänden, zu multiplizieren indem sie Kontakt zu den Eltern aufnahmen und über solche Hilfsmöglichkeiten informieren.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**5.10 Schließung und teilweise Wiedereröffnung der Schulen im Rahmen der Corona-Krise – bisherige Maßnahmen, aktueller Sachstand und Ausblick
1216/2020**

Herr Beigeordneter Voigtsberger gibt den Inhalt der Mitteilung wieder.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich bei der Verwaltung für die gute Arbeit. Er merkt an, dass der Schulbetrieb wohl sehr stockend erst wieder anlaufen werde und das Home-Schooling noch einige Zeit fortbestehen werde. In diesem Zusammenhang bittet er um Darlegung, wie der Schulträger die Ausstattung mit Geräten vorsieht.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, bedankt sich ebenfalls für die Mitteilung. Er merkt an, dass es bei einer erweiterten Schulöffnung wieder zu Gedränge im öffentlichen Nahverkehr kommen werde und fragt nach, wie die Verwaltung plant, den Gesundheitsschutz sicher zu stellen. Weiterhin fragt er, wie die Verwaltung gedenke Caterer und sogenannte Mensavereine an Schulen finanziell zu unterstützen, da ihr Betrieb durch die aktuelle Situation stark eingeschränkt sei.

Frau Gorklo-Blameuser informiert darüber, dass es Verträge zwischen dem Amt für Schulentwicklung und den Caterern gebe. Es werden noch in dieser Woche Gespräche stattfinden, um nach Möglichkeiten der Unterstützung zu suchen.

Herr Tempel, Stadtschulpflegschaft bedankt sich ebenfalls bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Er merkt an, dass die Landesregierung plane, die Schulen ab dem 04.05.2020 für Viertklässler und diejenigen Schüler, die im nächsten Jahr ihren Abschluss machen, zu öffnen. Aufgrund der späten Entscheidung durch das Land und des benötigten Vorlaufs, bittet er die Verwaltung darauf hinzuwirken, dass diese Öffnung erst zum 11.05.2020 erfolge.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, bittet um Prüfung der Verteilung des Desinfektionsmittels. Sie habe Rückmeldung von einigen Schulen, insbesondere von Hauptschulen erhalten, dass dieses fehle. Sie werde eine Liste der Schulen der Verwaltung nennen. Weiterhin fragt sie, ob die Stadt Köln bereits an zukunftsfähigen Lösungen für die digitale Ausstattung, beziehungsweise das digitale Arbeiten an Schulen, arbeite. In diesem Zusammenhang sei das Stichwort „bring it on device“ genannt. Es müsse eine dauerhafte Lösung geben und diese sei auch in anderen Städten zu finden.

Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes, SPD-Fraktion, berichtet von einem Artikel im Stadtanzeiger mit dem Inhalt, dass Hauptschulen abgehängt seien. Im Gegensatz zu Gymnasien, sei die technische Ausstattung bei weitem nicht ausreichend. Die SPD-Fraktion fordere schon lange eine ausreichende Digitalisierung in allen Schultypen.

Herr Beigeordneter Voigtsberger weist darauf hin, dass es je nach den räumlichen Gegebenheiten der Schulen zu unterschiedlichen Zeitpunkten zu einer Vollauslastung kommen könne. Man erwarte eine Richtlinie vom Land. Zu Thema digitale Endgeräte stelle sich grundsätzlich die Frage nach technischen und finanziellen Mitteln. Die Ausstattung aller Schüler mit digitalen Endgeräten würde rund 52 Mio. € kosten. Hierbei seien Wiederbeschaffungen und Support nicht eingerechnet. Das Thema „Get your own device“ sei Inhalt der Digitalstrategie. Darüber hinaus haben sich Schulleiter mit dem Wunsch nach technischen Möglichkeiten für pädagogische Videokonferenzen an ihn gewendet. Da es derzeit noch keine landesweite Lösung gebe, erfolge nun eine Marktsichtung vom Amt für Informationsverarbeitung, um eine zeitnahe und datensichere Lösung zu finden.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

6 Anfragen

6.1 Anfrage der SPD-Fraktion: E-Learning an Schulen - Chancengleichheit sichern

„In der Corona-Krise wird gerade sehr deutlich, dass deutsche Schulen in der Digitalisierung viele Jahre hinter der Entwicklung in den Nachbarländern hinterher sind.

Ob unsere Schülerinnen und Schüler in den Zeiten der Schulschließungen weiterhin ihr Schulpensum nach Lehrplan ableisten können oder nicht, hängt jetzt davon ab, ob

es ihrem Elternhaus möglich ist, die benötigten Endgeräte wie Tablets oder Laptops bereitzustellen.

Mit Blick auf die noch längere Zeit zu erwartenden Einschränkungen im Schulbetrieb muss der Schulträger Stadt Köln alle Möglichkeiten zur kurzfristigen Verbesserung des Home-Schoolings ausschöpfen.

Die SPD-Fraktion bittet vor diesem Hintergrund um Prüfung:

1. Wie kann alle Schülerinnen und Schülern unabhängig von ihrem familiären Hintergrund die Teilnahme am Home-Schooling ermöglicht werden?
2. Die Bundesregierung stellt im Rahmen eines Sofortprogramms zur Förderung des digitalen Unterrichts für Kinder aus bedürftigen Familien jeweils 150 EURO für die Anschaffung eines Laptops oder eines Tablets bereit. Wie stellt die Verwaltung sicher, dass dieser Beitrag die Familien schnellstmöglich erreicht?
3. Sind die Soforthilfen des Bundes auskömmlich, um allen Schülerinnen und Schülern gleiche Lernvoraussetzungen und die Teilnahme am Digitalunterricht zu ermöglichen, oder werden zusätzliche Mittel benötigt?
4. Können die Mittel des Digitalpaktes (Fördersäule 3) für die Bereitstellung personalisierter Endgeräte und die benötigte Software akquiriert werden?
5. Welche Zeitschiene erscheint der Verwaltung für die schrittweise Ausweitung des Home-Schoolings realistisch?“

Die Beantwortung erfolgt zur Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung am 25.05.2020.

6.2 Anfrage von Herr Tempel, Stadtschulpflegschaft - Hygienekonzept

„Besonders problematisch ist die Situation für die Schülerinnen und Schüler, die sukzessive ab dem 23. April 2020 wieder ihre Schulen besuchen sollen. Viele von diesen haben Sorgen, einige gehören wegen Vorerkrankungen zu Risikogruppen. Auch viele Eltern haben Ängste, Ihre Kinder noch im April oder erst später im Mai in die Schule zu schicken. Auch ist nicht geklärt, wie eine mögliche Ansteckungsgefahr auf dem Weg zur Schule bzw. wieder nach Hause sichergestellt werden kann. Daher werden auch an uns zahlreiche Fragen gestellt, wie das alles funktionieren soll. Auch wir als Stadtschulpflegschaft werden aufgefordert, alles in unserer Macht Stehende zu versuchen, alle Beteiligten, auch die Lehrerinnen und Lehrer, soweit es geht zu schützen.

Wir bitten Sie daher darum, unsere Anfrage ausnahmsweise auf die Tagesordnung des Ausschusses zu nehmen. Falls das rechtlich nicht möglich ist, bitten wir bereits jetzt ersatzweise eine oder mehrere Fraktionen, sie zu übernehmen und die Anfrage selbst einzureichen, gerne ergänzt mit weiteren Fragen. Daher haben wir uns erlaubt, die Anfrage an die Fraktionen bereits zu versenden.

Die Stadtschulpflegschaft Köln bittet die Verwaltung, die folgenden Fragen möglichst kurzfristig, wegen des vom Land NRW angekündigten Beginns der Schulpflicht zum 04.Mai 2020 bis spätestens zum 29. April 2020 zu beantworten:

1. Wie viele Schulen in Köln besitzen bereits einen auf die aktuelle Pandemie ausgerichteten Hygieneplan? Wie wird darüber hinaus sichergestellt, dass bis zum 04. Mai 2020 ein solcher Plan auch an allen anderen Schulen eingeführt ist.
2. Wer prüft den von den Schulen erstellten oder zu erstellenden Hygieneplan in Bezug auf die gesundheitlichen Anforderungen? Wer ist ergänzend für die Einhaltung verantwortlich bzw. wer überprüft diese nach dem Schulstart? Um was

bedeutet es für die Schulpflicht der Schülerinnen und Schüler, wenn Mängel an der Einhaltung des Hygieneplans erkannt werden?

3. Kann sichergestellt werden, dass in allen Schulen bereits am 23. April 2020 die benötigten Desinfektionsmittel, Einwegtrockentücher etc. für den Vorlaufbetrieb bereitstehen? Ist die Stadtverwaltung darüber hinaus in der Lage, zum 04. Mai 2020 so viele Mittel zu beschaffen, dass diese für einen dann startenden Schulbetrieb in ausreichender Menge bereitstehen?
4. Beschlossen wurde im letzten Jahr, alle Toiletten zweimal täglich zu reinigen. Wir glauben, dass dieses in der jetzigen, ungeplanten Situation nicht ausreicht. Auch können wir uns nicht vorstellen, dass alle Schülerinnen und Schüler die Toiletten in den großen Pausen nutzen. Gleiches gilt für die Mittagspause in den Mensen. Daher möchten wir wissen, ob die Schulen gebeten werden, für die Toiletten und Mensen rollierende Systeme einzuführen. Ist es darüber hinaus möglich, Reinigungskräfte speziell für die Toilettenräume und Mensen einzusetzen, so dass dort eine kontinuierliche Reinigung ermöglicht werden kann?
5. Ein wesentliches Mittel zur Eindämmung der Pandemie ist eine regelmäßige Handhygiene. Allerdings stehen nicht in allen Klassenräumen Waschbecken zur Verfügung. Kann die Nutzung dieser Klassenräume trotzdem sichergestellt werden oder muss auf diese verzichtet werden?
6. Ist die Stadt Köln in der Lage, allen Schülerinnen und Schülern, auch allen Lehrkräften Schutzmasken zur Verfügung zu stellen? Falls das nicht möglich ist bitten wir um Auskunft, wie eine Reduzierung der Ansteckungsgefahr gleichwertig reduziert werden kann. Oder wird erwartet, dass die Eltern für ausreichende Masken für ihre Kinder sorgen?
7. Nach unserer Kenntnis wurden in den letzten Jahren immer mehr Schulen im Passivhaus-Standard errichtet. Bei diesen Schulen ist ein normales Lüften nicht immer möglich, zum Teil lassen sich Fenster nach unserer Kenntnis nicht einmal öffnen. Wie wird die Vorgabe des Landes nach einer stündlichen Stoßlüftung beziehungsweise Querlüftung durch vollständig geöffnete Fenster über mehrere Minuten (Rahmen-Hygieneplan des Landes NRW für Schulen und sonstige Ausbildungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche) sichergestellt?
8. Einige Kinder werden mit dem Fahrrad oder zu Fuß zur Schule kommen können. Andere werden vielleicht durch die Eltern mit dem Auto gebracht. Trotzdem sind viele auf den ÖPNV angewiesen. Da insbesondere viele Busse im normalen Schulbetrieb morgens und mittags überfüllt sind, möchten wir gerne wissen, ob geplant ist, speziell in diesen Zeiten weitere Ersatzbusse einzusetzen. Oder wird die Stadtverwaltung den Schulen variable Start- und Endzeiten vorgeben, damit nicht alle Schülerinnen und Schüler zur gleichen Zeit unterwegs sind? Werden solche Modelle in Abstimmung mit den Schulen aufgestellt unter Beachtung des dortigen Unterrichtsrythmus?
9. Ist der Schülerspezialverkehr bereits wieder beauftragt und werden auch dort zusätzliche Fahrten angeboten? Zu beachten ist auch beim Transport dieser Schülerinnen und Schüler, dass die Fahrzeuge nicht voll besetzt werden dürfen.“

Sofern Fragen mit der Mitteilung 1360/2020 (TOP 5.10) noch nicht beantwortet wurden, erfolgt die Beantwortung zur Sitzung am 25.05.2020.

6.3 Anfrage von Frau Ruffen, FDP-Fraktion - Verteilung der Schüler auf die Gymnasium zum Schuljahr 2020/2021

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, nimmt Bezug auf die Zuschauer auf der Tribüne und fragt nach der Verteilung der Schülerinnen und Schüler auf die Gymnasien bei denen auch der Zweitwunsch nicht erfüllt werden konnte. Sie möchte wissen, wie die Verwaltung mit Einsprüchen umgehe und ob mittlerweile allen Familien geholfen werden konnte.

Herr Beigeordneter Voigtsberger weist auf die aktuelle Situation bei den Gymnasien hin. Viele Gymnasien haben sich bereiterklärt 30er und 31er Klassen aufzumachen und doch reiche dies nicht aus. Acht Gymnasien haben zusätzliche Eingangsklassen, sogenannte Mehrklassen aufgemacht. Jede Schülerin und jeder Schüler der sich für einen Gymnasialplatz anmeldet erhalte auch einen solchen Platz in Köln. Die Verteilung übernehme jedoch die Schulaufsicht, dies sei die Bezirksregierung Köln. Insbesondere die Umstellung von G8 auf G9 und die räumlichen Gegebenheiten lassen es nicht überall zu, Mehrklassen zu bilden. Er bedauere es sehr, dass nicht jedes Kind an seiner Wunschschule einen Platz erhalten könne. Bei 95 % der Kinder, habe der Erst- und Zweitwunsch erfüllt werden können, jedoch 5% konnten keinen wohnortnahen Schulplatz erhalten. Die Stadt Köln müsse dringend neben den Gesamtschulplätzen weiter Gymnasialplätze in Interimsbauten schaffen. Gemeinsam mit der Bezirksregierung und der Gebäudewirtschaft werde jeder Gymnasialstandort geprüft, um Verbesserungsmöglichkeiten auszuloten.

Fr. Gorklo-Blameuser bezieht sich auf die Frage nach den Einsprüchen und Widersprüchen und ergänzt, dass diese im Amt für Schulentwicklung eingingen. Den Eltern werde unter Darlegung der Situation geantwortet, jedoch müssten sie an die Bezirksregierung Köln verwiesen werden. Das formale Verfahren laut Schulgesetz sehe vor, dass die Schulen selbst die Aufnahmeentscheidung treffen in Absprache mit der Schulaufsicht.

Herr Tempel, Stadtschulpflegschaft, teilt mit, dass ihm eine Unterschriftenliste mit 21 Unterschriften von Eltern vorläge, die ihre Kinder gerne am Montessori-Gymnasium in der Rochusstraße beschulen lassen würden. Es gebe auch eine online-Petition mit mittlerweile 516 Unterschriften. Er habe gehört, dass die Schule bereit wäre eine Mehrklasse aufzumachen. Die Stadtschulpflegschaft unterstütze das Anliegen der Eltern und bittet die Verwaltung um erneute Prüfung.

Herr Gräbener weist darauf hin, dass insbesondere an diesem Standort eine weitere Mehrklassenbildung problematisch sei. In den vergangenen Jahrgängen hat die Schule insgesamt drei Mehrklassen gebildet und im Hinblick auf G9 gebe es keine freien Raumkapazitäten mehr. Container seien an der Schule geplant, die Aufstellung verzögere sich jedoch.

Frau Kessing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, merkt an, dass es in der Presse bisher ruhig um das Thema gewesen war. Es habe früher heftige Debatten dazu gegeben, dass bei der Schülerverteilung die Wegebeziehungen und die Fahrtzeiten nicht ausreichend berücksichtigt worden seien. Sie stellt daher konkret die Fragen, ob dies in diesem Jahr ein Kriterium bei der Verteilung der Kinder auf die Gymnasien gewesen sei. Sie könne den Ärger der Eltern diesbezüglich sehr gut verstehen.

Frau Gorklo-Blameuser macht deutlich, dass man diese Fragen an die Bezirksregierung Köln verweisen müsse und bietet an, dies zu klären und dem Ausschuss vorzustellen.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, unterstütze die erneute Überprüfung der Situation für die betroffenen Schülerinnen und Schüler.

Herr Tempel, Stadtschulpflegschaft, ergänzt, dass gemäß der Unterschriftenliste fünf Kinder von der Montessori-Grundschule nicht auf das Montessori-Gymnasium gehen

können und auf drei verschiedene Schulen im rechtsrheinischen verteilt worden sind. Von Ehrenfeld nach Mülheim zu fahren, sei nicht wohnortnah.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, möchte die Eltern ermutigen dagegen Vorzugehen. Im letzten Jahre, habe es auch großen Ärger gegeben und am Ende habe es einen guten Kompromiss gegeben. Jeder einzelne Fall sei erneut geprüft worden. Diese Situation zeige den Mangel an Gymnasialplätzen deutlich auf. Nicht nur Gesamtschul-, sondern auch Gymnasialplätze müssten dringend geschaffen werden. Gymnasien könnten keine Schüler ablehnen, aber sie arbeiten mit Verdichtung.

Herr Beigeordneter Voigtsberger strebt in den nächsten Jahren an, mit Herrn Beigeordnetem Greitemann nach Lösungen zu suchen. Es habe in diesem Jahr wieder 1000 Ablehnungen an den Gesamtschulen gegeben und auch der Platzmangel an Gymnasien sei deutlich. Auch mit Blick auf G9 und die vollen Klassen müsse die Verwaltung tätig werden. Die Verwaltung werde den politischen Auftrag mitnehmen und auf die Bezirksvertretung Köln zugehen. Es herrsche eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Bezirksregierung Köln. Diese habe bei der Verteilung auch im Sinne der Wohnortnähe versucht Lösungen zu finden. In 80% der Fälle fahren Schülerinnen und Schüler unter 30 Minuten zur Schule. Bei den übrigen 20% seien dies leider auch bis zu 45 Minuten.

Herr Brust, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, habe Herrn Gräbener so verstanden, dass das Montessori-Gymnasium jetzt eine Mehrklasse bilden könne, es aber später bei G9 Probleme gäbe. Daher stellt er die Frage, ob man das Schulgebäude in der Borsigstraße, in dem sich derzeit noch die Heliosschule im Interim befinde, als zweiten Standort für das Montessori-Gymnasium einplanen könne.

Herr Gräbener macht deutlich, dass das Schulgebäude in der Borsigstraße erst frei wird, wenn die Heliosschule in ihr Gebäude einziehen könne. Ein Termin stehe noch nicht fest. Danach werde die Verwaltung die Optionen prüfen, inwieweit das Schulgebäude als zweiten Standort für das Montessori-Gymnasium möglich sei, insbesondere auch nach dem Auslaufen der Hauptschule am Standort Borsigstraße.

Herr Pfeuffer merkt an, dass in der Schulentwicklungsplanung bereits niedergelegt sei, dass dies die Planung für den Standort Borsigstraße sei.

6.4 Anfrage von Herrn Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion - Digitalisierung

Herr Dr. Gutzeit, CDU-Fraktion, merkt an, dass auf die Frage von Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes, die Digitalisierung mehr in den Fokus zu rücken, Herr Voigtsberger eine Summe von 52 Mio. EURO genannt habe. Er erinnere sich an eine frühere Diskussion, in der die Frage aufkam, wie viel eingespart werden könne, wenn durch die Digitalisierung andere Unterrichtsmittel wegfallen. Er bittet die Verwaltung dies zu prüfen und dem Ausschuss mitzuteilen.

Die Beantwortung erfolgt zur Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung am 25.05.2020.

6.5 Anfrage von Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke - Maßnahmen seit Beginn der Coronakrise bei der Volkshochschule und der Musikschule

„Welche Maßnahmen wurden bei der Volkshochschule und der Rheinischen Musikschule seit Ausbruch der Coronakrise Mitte März bis zum Ausschusstermin getroffen,

um den drohenden Einkommensverlust der auf Honorarbasis arbeitenden Lehrenden beider Einrichtungen aufzufangen? In welchem Maße wurden welche Gruppen von Lehrenden dabei unterstützt bzw. wurde es ermöglicht, den Unterricht unter Wahrung des Gesundheitsschutzes fortzusetzen? Welche Maßnahmen sind geplant oder werden erwogen, um dies in den kommenden Wochen bei Andauern der Coronakrise fortzusetzen?“

Die Beantwortung erfolgt zur Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung am 25.05.2020.

6.6 Anfrage von Herr Tempel, Stadtschulpflegschaft - Schulöffnung in der Coronakrise

„1. Es existieren unterschiedliche Angaben dazu (oder wir haben nichts Eindeutiges gefunden), wie die Situation für Kinder mit Schulbegleitern ist. Muss bei diesen der Sicherheitsabstand eingehalten werden und falls ja wann und wo? Diese Fragestellung bezieht sich sowohl auf die Kinder, die wieder die Schulen besuchen, als auch auf die Kinder, die in die Notbetreuung gehen dürfen, da der Arbeitsplatz ihrer Eltern systemrelevant ist.

2. Können die Schulen unterstützt werden beim Ein- und Auslass der Kinder? Hier entsteht ein großes Problem, das Geschäfte und Supermärkte durch Security-Dienste lösen müssen. Nach unserer Überzeugung und nach Informationen mehrerer Schulleitungen wird es ab dem 04. Mai auch an den Schulen nicht ohne Vergleichbares gehen.

3. Schülerinnen und Schülern steht nach dem im BuT-Paket ein Mittagessen zu. Die Bundesregierung hat deutlich gemacht, dass dies gewährleistet werden muss. Im Moment wird dies in Köln allerdings nicht umgesetzt, da die dazu benötigten Daten mit Verweis auf die DSGVO nicht übergeben werden. Wie möchte die Stadtverwaltung die Essensausgabe ab dem 04. Mai 2020 sicherstellen?

4. Die Bearbeitung der AOSF-Verfahren läuft wegen der Corona-Krise schleppend. Kann die Verwaltung sicherstellen, dass alle diese Verfahren rechtzeitig zum Abschluss gebracht werden können?

5. Wegen Corona wird gefordert, dass regelmäßig gelüftet wird. Dazu haben wir ergänzend zu unserer Anfrage eine weitere Frage: Wie ist in diesem Zusammenhang mit Brandschutztüren umzugehen? Diese sollen auch offen bleiben, um Kontaktflächen zum Öffnen nicht nutzen zu müssen. Auch hierbei sind die Schulleitungen unsicher. Wie ist das im Hygieneplan zu berücksichtigen?

6. Wie wird dafür Sorge getragen, dass über die verstärkte Reinigung der Toiletten und der allgemeinen Räume hinaus auch die Klassen- und Kursräume öfters gereinigt und desinfiziert werden? Gilt das auch für alle Türklinken etc.

7. Garderoben sollen nicht genutzt werden, um den Kontakt zwischen Jacken zu vermeiden. Das mag im Sommer halbwegs funktionieren. Aber welche Vorschläge haben Stadtverwaltung oder Landesregierung ab dem Herbst?

8. Nach unserer Kenntnis ist darüber hinaus eine Demonstration angemeldet von Eltern und Kindern aus dem Linksrheinischen, da die Kinder entgegen ihrem Erst- und Zweitwunsch nun Gymnasien im Rechtsrheinischen besuchen sollen. Als Stadtschulpflegschaft unterstützen wir diese Demonstration, da es offenbar möglich ist, einen weiteren Gymnasialzug linksrheinisch, z. B. am Montessori-Gymnasium, zu errichten. Die vorhandene Unterschriftenliste erhalte ich zwecks Übergabe an die Verwaltung

und Politik am Montag vor der Sitzung und bringe sie mit. Auch hierzu erbitten wir eine Antwort in der Sitzung am Montag.“

Antwort der Verwaltung:

Zu Punkt 1:

Bei der Schulbegleitung handelt es sich um eine Eingliederungshilfe, die durch das Jugendamt bzw. das Sozialamt gewährt wird. Die Eltern erhalten die Leistungen von diesen Stellen und auch die Regelungen zum Einsatz der Schulbegleitungen erfolgen von dort.

Das Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen (MSB NRW) hat bislang keine Aussage zum Einsatz von Schulbegleiterinnen und Schulbegleiter getroffen. Dieser ist nicht ausdrücklich vorgesehen. Die untere Schulaufsicht hat dieses Thema aufgegriffen und über die Bezirksregierung Köln auf den Regelungsbedarf hingewiesen.

Falls der Einsatz von Schulbegleitungen durch das MSB geregelt wird, müssen Jugend- bzw. Sozialamt einen etwaigen Einsatz mit der Schulleitung abstimmen, da die bestehenden Hygienevorschriften und Abstandsregelungen einzuhalten sind. Der Einsatz von Schulbegleitungen wirkt sich unmittelbar auf die Gruppengröße aus, was ggf. zu weiteren Teilungen der Klassen führen würde. Ob und inwieweit dies im Einzelfall möglich ist, wäre eine schulorganisatorische Frage.

In vielen Fällen ist enger körperlicher Kontakt zwingend notwendig, z. B. beim Wickeln schwerstbehinderter Schülerinnen und Schüler. Hier ist fraglich, ob der Einsatz bei den bestehenden Abstands- und Hygieneregeln auch in diesen Fällen praktisch umsetzbar ist. Hier bedarf es einer entsprechenden Ausnahmeregelung durch das MSB und einer individuellen Vereinbarung zwischen den betroffenen Eltern und der Schulbegleitung.

Zu Punkt 2:

Die Regelungen für Einlass und Auslass der Schüler und Schülerinnen werden durch die Schulen unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse getroffen. Die Hausmeister werden dabei unterstützen. Der Einsatz eines Security Dienstes ist nicht vorgesehen.

Zu Punkt 3:

Die Beantwortung erfolgt zur Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung am 25.05.2020.

Zu Punkt 4:

Die Steuerung und Durchführung der AO-SF Verfahren ist nicht Aufgabe der Verwaltung. Die Zuständigkeit liegt vielmehr bei der unteren und der oberen Schulaufsicht und somit beim Land.

Entgegen der Aussage der Stadtschulpflegschaft läuft die Bearbeitung der AO-SF Fälle beim Schulamt für die Stadt Köln nicht schleppend. Die Schulaufsicht hat vielmehr zusätzliche Ressourcen für die Fachberatung zur Verfügung gestellt, wodurch die bereits vorliegenden Gutachten deutlich schneller überprüft und durch die Schulaufsicht entschieden werden konnten. Auch die Kommunikation zwischen Schulaufsicht und Schulen wurden durch organisatorische Maßnahmen beschleunigt. Die neuen Erstklässler sind vollständig bearbeitet, genauso wie alle vorliegenden Fälle mit vorhandenem Gutachten. Hierdurch stehen im weiteren Verlauf deutlich mehr Ressourcen als in den Vorjahren für die noch offenen Fälle zur Verfügung.

Zur Zeit können auf Grund der Schulschließung keine Beobachtung von Schülerinnen und Schülern, sowie Elterngespräche durchgeführt werden. Die Schulaufsicht hat den Schulen daher empfohlen, mit den Eltern und den Lehrkräften zu telefonieren und auf diesem Wege die notwendigen Informationen einzuholen, mit der Erstellung des Gutachtens zu beginnen und notwendigen Tätigkeiten schon zu erledigen. Die Schulen können die vorliegenden Unterlagen nutzen und im Gutachten darauf verweisen. Auch ein Abschlussgespräch kann, wenn es „unstrittig“ ist, am Telefon durchgeführt werden. Das Gesundheitsamt nimmt derzeit keine Untersuchungen vor, daher sieht das Schulamt derzeit von einer zusätzlichen Beauftragung ab und entscheidet auf der Grundlage des sonderpädagogischen Gutachtens.

Die untere Schulaufsicht hat auch dieses Thema aufgegriffen und über die Bezirksregierung Köln auf den Regelungsbedarf hingewiesen.

Zu Punkt 5:

Brandschutztüren sind geschlossen zu halten.

Zu Punkt 6:

Reinigungsintervalle sowie Regelungen zur Reinigung der Handkontaktflächen sind in der Mitteilung unter TOP 5.10 bereits dargelegt.

Zu Punkt 7:

Die Beantwortung erfolgt zur Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung am 25.05.2020.

Zu Punkt 8:

Bei der Verteilung der einzelnen Schülerinnen und Schülern ist der Schulträger nicht beteiligt, da die Schulleitung die Aufnahmeentscheidung nach Landesgesetz im Rahmen Ihrer pädagogischen Verantwortung für die Schule trifft.

Die Bezirksregierung hat die Schulen unterstützt, indem sie Vorschläge für die Verteilung der Zweitwünsche gemacht hat und auch Vorschläge für die Platzreservierung an der wohnortnächsten Schule mit einem freien Platz.

Um allen Kindern einen Platz an einem Gymnasium zu ermöglichen, haben die Stadt Köln als Schulträger und die Bezirksregierung Köln als Schulaufsicht gemeinsam geprüft und entschieden, an welchen Schulen die Einrichtung von Mehrklassen möglich ist. Hierbei wurden sowohl räumliche als auch organisatorische Aspekte und die Vorgaben des Landes zur Bildung von Mehrklassen berücksichtigt.

Vor allem in Hinblick auf die Umstellung von G8 auf G9 und die räumlichen Gegebenheiten vor Ort sowie die bereits in der Vergangenheit eingerichteten, zusätzlichen Klassen war es leider nicht an allen Gymnasien möglich, Mehrklassen einzurichten. Im Ergebnis kann daher nicht allen Kindern ein Platz an der gewählten Schule ermöglicht werden.

7 Verschiedenes

Köln, den 04.06.2020

gez.

Dr. Schlieben
Vorsitzender

Willms
Schriftführerin